



Haushaltsplan 2024: Trickserei mit Ansage

Merz kritisiert Kompromiss der Ampel - Ukraine Vorwand für mögliche Aussetzung der Schuldenbremse

Die nach langem Tauziehen erzielte Einigung der Ampel-Koalition auf einen Haushaltsplan für das Jahr 2024 hat Unionsfraktionschef Friedrich Merz als Formelkompromiss bezeichnet. Merz sagte in seiner Antwort auf die Regierungserklärung des Kanzlers voraus, dass die Ampel mit dem Geld nicht auskommen und ihre „finanzpolitische Trickserei“ fortsetzen werde.

Die Regierung hatte sich nach tagelangem Ringen auf einen Finanzrahmen für das nächste Jahr geeinigt. Dabei hatte sie zwar erklärt, die Schuldenbremse des

Grundgesetzes endlich wieder einhalten zu wollen. Gleichzeitig hatte sie mit Blick auf den Krieg in der Ukraine aber nicht ausgeschlossen, dass sich erneut eine Notsituation ergeben könnte, die die nachträgliche Aussetzung der Schuldenbremse erforderlich machen könnte.

„Diesen Trick lassen wir Ihnen nicht durchgehen“, betonte Merz. Denn das Grundgesetz schreibe vor, dass eine Notlage unvorhergesehen sein müsse. Auf Antrag der Unionsabgeordneten hatte das Bundesverfassungsgericht bereits vor vier Wochen die Ampel der

Seite 2



Treffen mit georgischer Parlamentsdelegation

Gemeinsam mit Mitgliedern des Deutsch-Georgischen Forums sprach Josef Rief in seiner Eigenschaft als dessen Vorsitzender mit einer Georgischen Parlamentsdelegation des Auswärtigen Ausschusses unter Leitung von Prof. Dr. Nikoloz Samkharadze in der georgischen Botschaft in Berlin. Die Gesprächspartner waren sich einig, dass der Weg Georgiens in die EU nach der Erteilung des Beitrittskandidatenstatus an das Land im Südkaukasus neue Fahrt aufnehmen sollte. Deutschland sei dabei eines der wichtigsten Unterstützer Georgiens, das immer noch zu gut 20 Prozent von russischen Truppen besetzt ist. ■



Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



Fortsetzung von Seite 1

Finanztricksereien überführt. Wegen unzulässiger schuldenfinanzierter Sonderhaushalte gerieten der laufende Haushalt und der Haushaltsentwurf für das kommende Jahr in Schieflage. Am Freitag stimmt der Bundestag deshalb über einen Nachtragshaushalt 2023 ab. Um dies zu ermöglichen, muss die Schuldenbremse nachträglich ausgesetzt werden. Der Haushalt 2024 kann nun erst im Januar abgestimmt werden.

Mit der Haushaltskrise habe sich die Ampel-Regierung blamiert, monierte der CSU-Landesgruppenvorsitzende Alexander Dobrindt. Schlimmer noch: Sie habe „die Wächterrolle Deutschlands für die Stabilitätskultur in Europa aufs Spiel gesetzt“ – und das in einer Zeit, in der die EU über die Aufstockung des Mehrjährigen Finanzrahmens und einer Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaketes verhandele. Dobrindt warnte die Regierung davor, erneut ihre Haushaltstricksereien zu verschleiern. Er bekräftigte auch, dass die Union nie die Hand dazu reichen werde, die Schuldenbremse zu schleifen.

Dass die Bundesregierung sich ausgerechnet auf die

Ukraine als möglichen Auslöser eines Nachtragshaushalts 2024 bezieht, kritisierte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Merz scharf. Denn die Bundesregierung unterstütze Kiew in seinem Abwehrkampf gegen Russland viel zu zurückhaltend. Sie enthalte dem Land militärisches Gerät vor, das es seit Monaten benötige, etwa Marschflugkörper vom Typ Taurus. „Dass dieses Land überhaupt keine Chance hat, diesen Krieg zu gewinnen, hat mit Ihrer Zögerlichkeit zu tun“, warf Merz Bundeskanzler Olaf Scholz vor.

Für eine bessere Unterstützung der Ukraine plädierte auch der europapolitische Sprecher Gunther Krichbaum. Und das „wäre ganz einfach“, indem die Taurus-Raketen endlich geliefert werden, sagte er. Krichbaum sprach sich auch für die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine aus. Weil aber die Beitrittskriterien für die Kandidatenländer nicht aufgeweicht werden dürften, müsse es eine schrittweise Integration in die EU geben, etwa über die Teilnahme an bestimmten Programmen und den Status einer assoziierten Mitgliedschaft. ■

Klimaschutz: Union wirbt für Emissionshandel als wirksames Instrument

Nach zähem Ringen hat die Weltklimakonferenz in Dubai die Abkehr von fossilen Brennstoffen beschlossen. Die CDU/CSU-Fraktion fordert die Bundesregierung nun auf, daraus die Konsequenzen zu ziehen und für verbindlichen Klimaschutz einzutreten. In einer aktuellen Stunde des Bundestages warb der energiepolitische Sprecher der Fraktion, Andreas Jung, für den weltweiten Ausbau des Emissionshandels als wirksames Instrument auf dem Weg zur Klimaneutralität.

Mit dem Emissionshandel bekommt die Verschmutzung der Atmosphäre mit CO₂ einen Preis. Der Handel funktioniert nach dem Prinzip der Marktwirtschaft: Werden die Verschmutzungsrechte verringert, steigt ihr Preis. Dieser Mechanismus dient als Anreiz dafür, CO₂ einzusparen. Die Ampel-Koalition plant nun zwar einen Preisanstieg – allerdings zu dem Zweck, die Einnahmen für den Haushalt 2024 zu erhöhen.

Jung warnte die Bundesregierung, auf diese Weise den Emissionshandel zu diskreditieren. Weil die Verbraucher den Anstieg der CO₂-Preise beim Tanken und Heizen spüren, brauche es zwingend einen Sozialausgleich, mahnte der Energieexperte. Der Emissionshandel sei keine Melkkuh, um Haushaltslöcher zu stopfen. Auch der CDU-Fachpolitiker Thomas Gebhart betonte,

der CO₂-Emissionshandel sei ein Instrument für effizienten Klimaschutz und nicht für mehr Staatseinnahmen. „Die Einnahmen daraus müssen an die Bürgerinnen und Bürger sowie an die Unternehmen zurückgegeben werden.“ Das diene der Wettbewerbsfähigkeit und dem sozialen Ausgleich. Und nur so könne die Akzeptanz in der Bevölkerung für den Umstieg auf erneuerbare Energien erhalten werden.

Die umweltpolitische Sprecherin Anja Weisgerber setzte sich – wie ihre Kollegen Jung und Gebhart – für Technologieoffenheit und Innovationen beim Klimaschutz ein. Besonders hob sie Technologien zur Speicherung und Wiederverwendung von Kohlenstoff sowie die Kernenergie hervor. Gebhart sagte: „Wir müssen CO₂-Kreisläufe schließen.“ Klimaschutz und Wirtschaft müssten in Einklang gebracht werden. „Der Klimaschutz muss zu einem Geschäftsmodell werden. Nur dann haben wir eine Chance, dass die Länder weltweit mitziehen.“

In diesem Sinne plädierte Weisgerber dafür, dass Industrieländer, die in Entwicklungs- oder Schwellenländern in klimafreundliche Technologien investieren, sich dies auf ihre CO₂-Bilanz anrechnen lassen können. „Klimaschutz muss sich lohnen“, unterstrich die CSU-Politikerin. ■